Provinzial-Correspondenz. 29. November 1865.

Dritter Jahrgang.

Die Stellung der Regierung zur budgetlosen Berwaltung.

Mährend die Gegner unserer Regierung sich vor den unleugbaren Erfolgen derselben in der äußeren Politik widerwillig beugen mussen, suchen dieselben desto eifriger die Meinung zu verbreiten, daß die Regierung im Innern gar keine Erfolge aufzuweisen habe.

-Bon Jahr zu Jahr eine Berwaltung außer der Verfassungführen, dies könne man keine Erfolge nennen. Bor drei Jahren
habe die Regierung selbst diesen Justand einen beklagenswerthen genannt, weil er der gesetzliche nicht sei, — neuerdings dagegen
habe man die Bezeichnung erfunden, der bestehende Zustand sei
nicht ein ungesehlicher, sondern ein neben- oder außer gesetzlicher
Zustand.

Die Regierung wolle sich baran genügen lassen, daß die neuen Seereseinrichtungen that sächlich aufrecht erhalten werden; um die Zustimmung des Abgeordnetenhauses dagegen, die noch das Ministerium Heydt für nothwendig hielt, fümmere man sich nicht mehr.

So läßt fich eines ber bedeutenoften Blätter ber Fortschritts.

partei vernehmen.

An dem Allen aber ist nur das Eine wahr: daß die Regierung den Ersolg noch nicht errungen hat, wieder ein Gesetz über den Staatshaushalt mit dem Landtage zu vereindaren. Alles Andere, was über die Stellung der Regierung zu dem bestehenden Zustande gesagt wird, ist der Wahrheit zuwider; denn diese Stellung ist völlig dieselbe, die sie vor drei Jahren gewesen, als das Abgeordnetenhaus durch die widersinnige Streichung von Ausgaben, die es weder verweigern wollte noch konnte und die bereits geleistet waren, den jezigen Zustand herbeisübrte. Damals und nicht erst neuerdings-war es, daß der Minister von der Hendt und nicht einer der jezigen Minister das Haus dringend warnte: es möge nicht Umstände herbeisühren, nuter denen etwas geschehen micht aus drücklich in der Verfassung geschrieben sei.-

Rachdem das Abgeordnetenhaus troß dieser und anderer Warnungen jenen unausführbaren, verhängnißvollen Beschluß gefaßt hatte, ist der hierdurch hervorgerusene Zusiand Seitens der Regierung nicht bloß damals, sondern fort und fort als ein »beklagenswerther» bezeichnet und die Beseitigung desselben bei jeder Gelegenheit als das

bauernde Biel ihres Strebens bezeichnet worden.

Noch in der letten Thronrede beim Beginn der diesjährigen Session sprach der König mit sichtlicher Bewegung die Worte: •Es ist Mein dringender Wunsch, daß der Gegensah, welcher in den letten Jahren zwischen Meiner Regierung und dem Hause der Abgeordneten obgewaltet hat, seine Ausgleichung sinde. — Der König sügte ausdrücklich hinzu: •Die Rechte, welche der Landesvertretung durch die Versassungs-Urkunde eingeräumt sind, bin ich auch serner zu achten und zu wahren entschlossen. Die Rede schloß mit den dringenden Worten: •Der Wohlsahrt Preußens und seiner Spre ist Mein ganzes Streben, Mein Leben gewidmet. Mit dem gleichen Biel vor Augen, werden Sie, wie Ich nicht zweisele, den Weg zur vollen Verständigung mit Weiner Regierung zu sinden wissen.

Mährend der Session erneuerten die Minister vielsach und dringend die Mahnung, daß das Abgeordnetenhaus zur Wiederherstellung eines versassungsmäßigen Staatshaushalts die Hand bieten möchte. Als aber die Mahnung wiederum ohne Wirkung geblieben war, beklagte der Minister-Präsident in seiner Schlußrede von Neuem, daß die Sihung statt mit der ersehnten Verständigung abermals unter dem Sindruck gegenseitiger Entsremdung der zum Zusammen-

wirten berufenen Rrafte fcbliege.

So hat denn die Regierung selbst offener und lebhafter als irgend Jemand das Bedauern ausgesprochen, daß sie den Erfolg einer Verständigung über die Militairfrage und über den Staats-haushalt noch nicht erreicht habe, und es ist eine durchaus thörichte und ungerechte Alnschuldigung, daß die Regierung einen »Erfolg«schon in der Fortsührung der sogenannten budgetlosen Verwaltung sinde.

Diesen -Erfolg- hat die Regierung vielmehr mit tiefem Bebauern als die schwere Verschuldung des Abgeordnetenhauses bezeichnet. Die Schlußrede des Minister-Präsidenten sagt hierüber: Das Staatshaushaltsgeset, bessen Zustandekommen nach Art. 62 und 99 der Verfassungs-Urkunde von dem Zusammenwirken aller bei der Gesetzgebung betheiligten Faktoren erwartet wird, ist auch in diesem Jahre an der Weigerung des Abgeordnetenhauses die zur Aufrechterhaltung des Heeres unerläßlichen Mittel zu bewilligen, gescheitert.

Das Abgeordnetenhaus hat Forberungen verweigert, welche die Staatsregierung stellen mußte; es hat Beschlusse gefaßt, welche die Re-

gierung nicht ausführen tann.

Er. Majestät Regierung hat nur ein Ziel im Auge: die Wahrung der Rechte und der Ehre des Königs und des Landes, sowie sie verbrieft sind, sowie sie neben einander bestehen können und mussen. Dem Lande ist nicht gedient, wenn seine gewählten Vertreter die Hand nach Rechten ausstrecken, die ihre gesehliche Stellung im Verfassungsleben ihnen versagt. Nur wenn sie diese Stellung dazu benutzen, mitzuarbeiten an dem von unseren Fürsten begonnenen und bisher durchgesührten Werke, Preußen unter starken Königen groß und glücklich zu machen, nur dann werden sie das Mandat erfüllen, welches des Königs Unterthanen in ihre Hände legen.

Die Regierung Sr. Majestät ist bestrebt, das in gleichem Sinne ihr ertheilte Mandat ihres Königlichen Herrn nach Kräften auszuführen.
— Sie lebt der Zuversicht, daß der Weg, den sie bisher inne gehalten, ein gerechter und heilsamer gewesen ist, und daß der Tag nicht mehr fern sein kann, an welchem die Nation, wie bereits durch Tausende aus freier Bewegung kund gewordener Stimmen geschehen, so auch durch den Mund ihrer geordneten Vertreter ihrem Königlichen Herrn Dank und

Anerkennung aussprechen werbe.

So hat die Regierung laut und unumwunden ausgesprochen, daß sie in der sogenannten »budgetlosen« Verwaltung keinesweges einen Erfolg, sondern einen durch das Abgeordnetenhaus erzeugten bedauerlichen Nothstand erkennt: durchgreifende Erfolge dagegen erwartet sie in dieser Veziehung- erst von der Zukunft, von der allmälig wachsenden Nacht eines gesunden und wahrhaft patriotischen Volks-

bewußtseins.

Die Regierung wird es an ihrem Theile gewiß auch fernerhin an redlichem und ernstem Streben zur Beseitigung des Zwiespalts nicht sehlen lassen; sie kann dies Ziel aber nur erreichen, wenn dasselbe Streben im Abgeordnetenhause obwaltet. So weit sich aus den vorläusigen Kundgebungen der Parteisührer ein Urtheil über die nächste Session fällen läßt, dürste die Regierung wohl schon jeht darüber im Klaren sein, daß leider auch die bevorstehende Landtags. Session jenen Erfolg noch nicht bringen, daß der dringende Wunsch des Königs auf Verständigung auch jeht schwerlich in Erstüllung gehen wird, daß vielmehr das Beharren des Abgeordnetenhauses auf seinem verhängnißvollen Wege auch diesmal nur fruchtlose Verhandlungen in Aussicht nehmen läßt.

Die Aufgabe der Regierung wird deshalb, wie schon am Schlusse ber vorigen Session angedeutet wurde, vermuthlich nur darauf gerichtet sein können, den Gefahren einer leidenschaftlich erregten und un-

fruchtbaren Session bei Zeiten Einhalt zu thun.

Die Regierung kann aber den ihr klar vorgezeichneten Weg für das Wohl des Landes um so ruhiger und sicherer verfolgen, als sie sich auch in ihrer inneren Politik unzweiselhafter und bedeuten-der Erfolge zu erfreuen hat. Wenn es in ihrer Macht nicht stand, die » budgetlose « Zeit zu beendigen, so ist es ihr doch vergönnt gewesen, den Wahn und die Sage, als sei jett eine »traurige « Zeit für Preußen, im Bewußtsein unseres Volkes zu tilgen und die Ausbeutung dieses Wahns durch das Parteitreiben immer mehr zu verhindern.

Auf welchen Theil unseres öffentlichen Lebens man auch blicken niöge, überall ist, ungeachtet der sudgetlosens Berwaltung nicht blos ein allseitiger Ausschwung im Handel und Wandel, eine ernste und heilsame Förderung aller wahren Landesinteressen unverkennbar, sondern es tritt auch flar hervor, daß die Kraft der revolutionairen Bestrebungen immer mehr gebrochen, dagegen das Ansehen und die Macht der Königlichen Regierung immer entschiedener zu gebührender

Geltung gelangt find.

Nicht sauten Muthes freilich gebt die Regierung dem Landtage entgegen, weil sie von dessen Wirksamkeit eben wenig hoffen kann, wohl aber mit gutem Gewissen, und es wäre zu wünschen, daß das Abgeordnetenhaus mit eben so gutem Gewissen kommen und nach einer ersprießlichen Session mit gutem Gewissen wieder heimkehren könnte.